

Pommersche Zeitung



Führende Tageszeitung Pommerns • Parteiämtl. Zeitung der NSDAP. Gau Pommern
Nachrichtenblatt der Landesbauernschaft, der Deutschen Arbeitsfront sowie aller Behörden

6. Jahrgang Sonntag, den 3. Juli 1937 Nr. 3

Verlag und Anzeigenverwaltung: Pommerscher Zeitungsverlag G.m.b.H., Stettin, Breite Straße 51. Schriftleitung: Stettin, Große Domstraße 6-8. Fernruf: Sammelnummer 238 91. Druck: H. Hefenland, Stettin. Die „Pommersche Zeitung“ erscheint wöchentlich siebenmal morgens. Bezugspreis: Monatlich 1,75 RM., vierteljährlich 5,25 RM., halbjährlich 10,00 RM., jährlich 19,50 RM. Post-Zeitungsgebühren, hierzu 0,42 RM. Zeitungsaufschlaggebühren, Post-Spedition Stettin 1849.

Heute lesen Sie:

Forstaufsicht erhält Befehlsgewalt
Verhütung und Bekämpfung von Waldbränden

Bergwerksunglück in England
Zehn Tote, 18 Bergleute eingeschlossen

Gefangene im Hungerstreik
Kerkerqualen in Österreich

Deutsche Partei in Südwest
Der „Deutsche Bund“ hat sich aufgelöst

Geistliche verweigern Treueid
Befugnis zum Religionsunterricht entzogen

Bolschewisten schießen mit Gas
Arsengas-Granaten an der Front von Santander

„Rau-III“-Wrack gehoben
Suche nach den letzten Vermissten

Nichteinmischungs-Ausschuß wieder ergebnislos

Deutsch-italienischer Neutralitätsplan in London

Berlin und Rom schlagen Anerkennung des Rechts der Kriegführung für beide Parteien im Spanienkonflikt vor und wollen die Mächte auf eine Neutralitätspolitik festlegen - Frankreichs und Englands Vertreter lehnten ab - Nächste Woche Vollziehung

London, 3. Juli.

Im Nichteinmischungsausschuß gaben am Freitag der deutsche und der italienische Vertreter folgende Erklärungen ab:

Die deutsche und die italienische Regierung haben in den letzten Tagen die tatsächliche Lage der Nichteinmischung in Spanien beraten. Sie sind fest entschlossen, den Grundlag der Nichteinmischung aufrechtzuerhalten.

Der Vorschlag, der von dem Vorsitzenden in der Erklärung enthalten war, die er im Namen der britischen und der französischen Regierung am Dienstag, dem 29. Juni, abgab, kann von der deutschen und italienischen Regierung nicht als eine befriedigende Lösung dieser Frage angesehen werden, und zwar aus den Gründen, die bereits auf der vorigen Sitzung dargelegt worden sind. Der Hauptgrund besteht darin, daß das Gleichgewicht in der Behandlung der beiden Parteien in Spanien, das unter dem Biermächteplan gewährleistet war, zugunsten einer Partei in Spanien gestört worden ist.

Die beiden Regierungen sind sich der ersten Schwierigkeiten in der Lage bewußt und sind der Ansicht, daß es um so mehr Pflicht aller ist, neue Wege und Methoden zu suchen, um die Nichteinmischung so wirksam wie möglich zu gestalten. Im Hinblick auf dieses Ziel sind sie übereingekommen, diesem Ausschuss folgende neue konkrete Vorschläge vorzulegen:

1. Alle interessierten Mächte kommen überein, beiden Parteien in Spanien die Rechte einer Kriegführenden Macht zuzugestehen.

Eine solche Entscheidung würde die diplomatische Wirkung haben, daß die Politik der Nichteinmischung gestärkt würde, da tatsächlich alle europäischen Mächte zu ihren Verpflichtungen als Signatarmächte des Nichteinmischungsausschusses die Pflichten hinzufügen würden, die neutralen Staaten zufallen, und zwar gemäß den Grundzügen des internationalen Rechts, das der besonderen Lage in Spanien angepaßt ist. Die vorgeschlagenen Maßnahmen würden darüber hinaus folgende Vorteile sichern:

1. Durch Gewährung eines internationalen Rechtszustandes an beide Parteien in Spanien würden die letzteren gegenüber den neutralen Staaten die volle Verantwortung für die Führung des Krieges in der Luft, auf dem Lande und zur See übernehmen.

2. Die Flottenpatrouille durch die vier Mächte, die gänzlich fehlerhaft ist, sowohl wie jedes andere System der Flottenpatrouille würde überflüssig werden.

3. Die schwerwiegenden Risiken, die in dem vorherigen System vorhanden waren, würden ausgeschlossen werden, da die Schiffe, die entweder die spanische Flagge oder die Flagge nichteuropäischer Länder führen, von den zwei Parteien einer wirksamen Form der Kontrolle unterworfen werden.

4. Mit Ausnahme des Patrouillen-systems, das, wie bereits ausgeführt wurde, sich als gänzlich fehlerhaft herausgestellt hat und daher nicht fortgesetzt werden kann, sind die übrigen Überwachungsmaßnahmen, wie es vom Komitee genehmigt wurde, beizubehalten. Die deutsche und italienische Regierung regen demgemäß an, daß sowohl die Überwachung der Landgrenze

In der Freitagssitzung des Nichteinmischungsausschusses in London unterbreiteten die Vertreter Deutschlands und Italiens einen neuen konstruktiven Vorschlag zur Lösung der spanischen Probleme. Dieser neue Plan sieht die Anerkennung beider Parteien als Kriegführende vor und hält unter Umgehung des erfolglosen Schiffskontrollsystems an den noch bestehenden Möglichkeiten der Nichteinmischungspolitik fest.

Zunächst brachte Lord Plymouth die englisch-französischen Vorschläge erneut vor. Hierauf brachte der deutsche Botschafter von Ribbentrop den deutsch-italienischen Vorschlag ein, der eingehend vom italienischen Botschafter Grandi begründet wurde. Lord Plymouth lehnte im Namen seiner Regierung den deutsch-italienischen Vorschlag ab und zwar mit der Begründung, daß dieser keine Kontrolle vorsehe und einseitig die Salamanca-Regierung begünstige. Der französische und sowjetische Vertreter lehnten den deutsch-italienischen Vorschlag ebenfalls ab, erklärten sich aber bereit, über ihn ihren Regierungen zu berichten.

Das Ergebnis der Beratungen am Freitag läßt sich wie folgt zusammenfassen: Es wurde beschlossen, daß die Vertreter der Regierungen dieses Ausschusses ihren Regierungen über die entstandene Lage berichten sollen. Weiterhin wurde beschlossen, daß der deutsch-italienische Vorschlag den Mitgliedern des Nichteinmischungsausschusses unterbreitet wird, und schließlich wurde dem Vorsitzenden des Ausschusses die Vollmacht erteilt, eine weitere Sitzung des Ausschusses zur Fortsetzung der Beratungen nächste Woche anzuberäumen.

Spaniens wie auch das System der Überwachung sowohl in den Häfen und durch Beobachter, die sich an Bord der Nichteinmischungsschiffe befinden, aufrechterhalten werden sollen.

III. Die deutsche und italienische Regierung würden jede weitere Anregung auf diesen Grundlinien begrüßen.

Hierzu drahtet unsere Berliner Schriftleitung uns folgende, den deutschen Standpunkt klar umreichende Darlegungen:

dm Berlin, 3. Juli.
Deutschland und Italien haben mit diesem Vorschlag einen weiteren wertvollen Beweis ihres Friedenswillens gegeben und erwarten entsprechende Anregungen von den anderen Mächten. Es war nicht an uns, einen

neuen Plan zur Verwirklichung der Nichteinmischungspolitik zu entwerfen, aber, da wir eine englisch-französische Kontrolle in Spanien nicht mehr für unparteiisch halten können und das Kontrollsystem nunmehr überhaupt als undurchführbar betrachteten, wollten wir uns erneut zur Politik der Nichteinmischung bekennen und auch die anderen Mächte bitten, in dem spanischen Konflikt neutral zu bleiben.

Unsere Mäßigung in der Bereinigung des „Deutschland“-Zwischenfalles ist von höchster englischer Stelle jederzeit anerkannt worden. Was wir jedoch bei unseren Partnern vermischten, war eine grundsätzliche Beschäftigung mit der Tragweite und dem verdrähten Charakter solcher Überfälle. Bei der Beschäftigung der „Leipzig“ haben England und Frankreich sogar die versprochene Hilfeleistung abgelehnt, und zwar aus sehr wichtigen Gründen. Wir mußten aus dieser Haltung entnehmen, daß es diesen beiden Kontrollmächten nur darum zu tun war, der einen Partei in Spanien Vorteile zuzuführen.

Wenn London und Paris nunmehr den Anspruch erheben, die Kontrolle ganz Spaniens allein in die Hand zu nehmen, so vernichten wir diesem „Kollektivismus“ nur das Prädikat eines getarnten englisch-französischen Diktats zuzuerkennen. Die deutsche und italienische Erklärung sind dagegen bemüht, ein Minimum der Nichteinmischungspolitik zu retten und außerdem noch zweckmäßige Mittel zur Lokalisierung des Konflikts zu finden.

Es widerspricht jeder diplomatischen Gepflogenheit, wenn während der Vertagung einer Sitzung die Drohung ausgesprochen wurde, daß England sich überhaupt nicht mehr an den Beratungen beteiligen und sogar Waffen an Valencia liefern wolle, wenn der Plan einer englisch-französischen Sonderkontrolle in London nicht angenommen würde. Mit diesem Londoner Zeitungsmannöver war entweder eine Einschüchterung unserer Entschlossenheit gemeint oder aber ein Versuch, die gesamte Nichteinmischungspolitik aufzulösen zu lassen.

Demgegenüber muß zu dem deutschen und italienischen Verhalten folgendes festgestellt werden: Unsere Vertreter haben zwar am Dienstag sofort ihre Bedenken geäußert, aber sie haben nach dem Wunsch des Ausschusses den englisch-französischen Plan sofort an ihre Regierung weitergeleitet. Berlin und Rom mußten diesen Vorschlag ablehnen, weil darin die einseitige Bevorzugung Spaniens klar und deutlich zum Ausdruck kam. Die beiden Regierungen waren daraufhin bemüht, einen neuen Weg zur Einhaltung der Nichteinmischungspolitik zu zeigen. Sie haben dabei wiederum eine außerordentliche Mäßigung und großes Entgegenkommen gezeigt.

Berlin und Rom wollen beiden Parteien die Rechte eines Kriegführenden zuerkennen und den wahren Freunden der Nichteinmischungspolitik die Pflichten auferlegen, die neutralen Mächten gegenüber Kriegführenden zukommen. In dieser bindenden Neutralität der Großmächte soll das Minimum von europäischer Solidarität gerettet werden, das nach dem Zusammenbruch des Kontrollsystems noch übrig bleibt und das in London nicht durch einen Sonderauftrag in einen getarnten Eingriff verwandelt werden kann.

Der deutsch-italienische Plan ist nicht nur maßvoll, sondern vor allem durchführbar. Er bringt mit der Anerkennung der Parität der beiden Gegner ein Maß von juristischer Objektivität auf, das bei allen Regierungen höchste Anerkennung verdienen sollte.

Sowjettruppen in Fernost meutern

Sensationelle Meldungen aus dem Amurgebiet - Marschall Blücher hat sich offen gegen Moskau aufgelehnt - Der Kanonenboot-Zwischenfall in Moskau beigelegt?

Drahtbericht unseres Korrespondenten

Tokio, 3. Juli.

Die Spannung, mit der man in der japanischen Hauptstadt die Entwicklung der Amur-Krise verfolgt, erhält durch eine sensationelle Meldung aus Heiho neue Nahrung. Die Meldung spricht von einer schweren Meuterei der Sowjetgarnison am Amur gegenüber von Tapingkow, einer kleinen Ortschaft auf dem mandchurischen Ufer, ungefähr mittwegs zwischen Chabarowitsch und Blagowestschensk. Bei der Meuterei sei es offenbar zu schweren Kämpfen gekommen. Zahlreiche Häuser seien in Flammen aufgegangen und viele Menschen getötet worden.

Die Meldung bestärkt die politischen Kreise Tokios in der Auffassung, daß die Moskauer Zentrale die Fernosttruppen nach dem Tuchatschewski-Prozess nicht mehr vollständig in der Hand habe.

Es läuft weiterhin das Gerücht um, daß Marschall Blücher sich geweigert habe, den Moskauer Befehl auszuführen, und selbständig die Besetzung der Amur-Inseln und die Beschäftigung durch die Kanonenboote angeordnet habe. Wie der Konflikt zwischen dem Hauptkommissariat und dem Befehlshaber im Fernen Osten auslaufen kann, ist noch völlig unklar.

Im Amurgebiet ist trotz der offiziellen besonnenen Haltung Tokios eine Verschärfung der Lage dadurch eingetreten, daß drei Sowjetflugzeuge aus Blagowest-

schensk die mandchurische Insel Sennuschi überfallen haben. Die Flugzeuge hatten offenbar einen Reconnozierungsflug unternommen, worauf sie wieder nach dem Gebiet der Sowjetunion zurückflogen.

Während von der mandchurischen Grenze die Meldungen über die lokalen militärischen Zusammenstöße eintreffen, bemühen sich Regierung und Diplomatie in Tokio um eine ruhige Behandlung des Grenzzwischenfalls. Ein Sprecher des auswärtigen Amtes erklärte während einer Sitzung des Kabinetts, daß man hoffe, der Zwischenfall lasse sich ähnlich wie vorausgegangene Grenzstreitigkeiten beilegen.

up Moskau, 3. Juli.

Der Zwischenfall auf dem Amur, der die Beziehungen zwischen Japan und Sowjetrußland außerordentlich zu verschärfen drohte, ist nach einer Ankündigung des Moskauer japanischen Botschafters Shigemitsu auf friedlichem Wege beigelegt worden.

Nach einer neuen Unterredung mit Außenkommissar Litwinow-Finkelstein, die etwa eine halbe Stunde dauerte, teilte Shigemitsu der Presse mit, daß die Sowjetregierung der Zurückziehung ihrer Flusspatrouillenboote und -struppen von der Bolkoi-Sennuschi-Insel zugestimmt hat. Damit würde der frühere Zustand in dem umstrittenen Grenzgebiet auf dem Amur wiederhergestellt und der ganze Zwischenfall beigelegt werden, vorausgesetzt, daß die Sowjetregierung zu ihren Zusagen steht.